

ZUSAMMENFASSUNG

Haben die Volksparteien und damit die Stabilität des deutschen Parteiensystems noch eine Zukunft? Diese Frage entscheidet sich letztlich an der Fähigkeit der Volksparteien, „Zukunftsvisionen für Deutschland im 21. Jahrhundert aufzuzeigen, eine entsprechende Handlungskompetenz zu entwickeln und schließlich Mehrheiten für diesen Prozess zu organisieren“ (*Ralf Thomas Baus*). Dies erfordert jedoch Klarheit darüber, in welcher Situation sich die Volksparteien befinden und welche Anpassungsmaßnahmen notwendig sind. Der vorliegende Tagungsband setzt hier an, indem er Wege aufzeigt, wie die Volksparteien die Herausforderungen annehmen können.

Grundsätzlich folgt der Band inhaltlich dem Aufbau der Expertentagung. Im ersten Teil wird die Lage der Volksparteien in Deutschland untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei neben der CDU und der SPD auch die CSU.

Der Beitrag von *Melanie Haas* über die CDU in der Großen Koalition geht der Frage nach, ob sich die CDU der SPD unter den Bedingungen der Großen Koalition programmatisch angenähert hat oder sich die politischen Lager zunehmend voneinander abgrenzen. Anhand ausgewählter Politikfelder wird deutlich, dass sich die CDU seit der Bildung der Großen Koalition programmatisch uneinheitlich entwickelt hat. Während sich die Partei im Bereich der Familien- und Sozialpolitik eher in Richtung Mitte bewegt, vertritt sie im

Bereich der Inneren Sicherheit deutlich konservativere Positionen. In der Familienpolitik und der Inneren Sicherheit setzte diese Entwicklung jedoch schon vor der Bildung der Großen Koalition ein. Folglich kommt Haas zu dem Ergebnis, dass es keinen Automatismus zur „Sozialdemokratisierung“ der CDU infolge der Großen Koalition gibt.

Dass die „Sozialdemokratisierung“ der Gesellschaft der SPD nicht zugutekommt, zeigt *Christoph Strünck* in seinem Beitrag über die Lage der SPD unter Kurt Beck. Demnach steckt die SPD durch den Mitgliederschwund in einer strukturell schwierigen Lage, so dass ihre Verankerung in der Gesellschaft und viele Kommunikationskanäle verloren gehen. Als Hindernis für eine programmatische Erneuerung erweist sich die Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition. Zudem hat die SPD Ressorts übernommen, in denen sie unpopuläre Maßnahmen verkünden muss und der Bundesvorsitzende der Partei scheint noch nicht in der Bundespolitik verankert zu sein. Strünck hebt hervor, dass die Abkehr der SPD von der Agenda 2010 nur als Annäherung an die Linkspartei zu verstehen ist.

Während die SPD bisher erfolglos versucht, sich zu erneuern und sich der Stimmung im Land anzupassen, scheint dies der CSU in Bayern lange Zeit besser gelungen zu sein. Der Frage, worin die Stärke und Überzeugungskraft der CSU besteht, geht *Matthias F. Lill* nach. In seinem Beitrag wird deutlich, dass das Erfolgsrezept der CSU in der Bewahrung der Werte, der Wahrung der bayerischen Identität und Traditionen sowie deren Anbindung an die Moderne liegt. Auf dieser Grundlage konnte sich die Partei immer wieder glaubhaft selbst erneuern und unpopuläre Richtungsentscheidungen treffen, die sich langfristig als erfolgreich erwiesen haben.

Im zweiten Teil wird der Blick auf die Entwicklung der Volksparteien außerhalb Deutschlands gerichtet. Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung erscheint die langjährige Stabilität des deutschen Parteiensystems eher als Ausnahme denn als Normalfall. Der internationale Vergleich macht deutlich, auf welche Weise Parteien auf Krisensymptome und ein ihnen gegenüber ablehnendes Umfeld reagieren können.

Der Beitrag von *Sven Jochem* über die Konservative Partei in der bürgerlichen „Allianz für Schweden“ zeigt, wie sich konservative Volksparteien auch im sozialdemokratisch dominierten Umfeld etablieren können. Die schwedische Konservative Partei schwenkte programmatisch nach links

und ebnete die Differenzen im bürgerlichen Lager ein. Mit dieser Allianz gelang ihr die Regierungsübernahme. Jochem stellt jedoch auch klar, dass die programmatische Linksverschiebung Probleme hervorruft. So trübt ein von der Sozialstaatsrhetorik abweichendes Regierungshandeln die Wiederwahlaussichten ein. Zudem werden der Koalition der bürgerlichen Parteien, die sich jahrelang in der Opposition befanden, Probleme bei der Regierungsfähigkeit zugeschrieben.

Ein Beispiel für die Regenerationsbemühungen einer Volkspartei in einer Großen Koalition offenbart der Blick nach Österreich. Nach einer beispiellosen Negativkampagne gegen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und der Wahlniederlage der ÖVP wurde Anfang 2007 in Österreich eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler gebildet. *Christian Moser* und *Ilse Simma* legen dar, wie die ÖVP mit dem Perspektivenprozess einen inhaltlichen Neustart wagte und sich dabei auch außerhalb der Parteistrukturen einer breiten Diskussion öffnete. Kernelement der programmatischen Erneuerung ist dabei die Verbindung von modern und konservativ.

In Deutschland ist seit den Wahlerfolgen der Linkspartei und der NPD verstärkt die Frage aufgekommen, wie sich die Volksparteien gegenüber populistischen Parteien verhalten sollen. Wie in den Niederlanden mit populistischen und extremen Parteien und Bewegungen umgegangen wird, zeigt *Ton Nijhuis* in seinem Beitrag. Auch hier wenden sich die Wähler zunehmend von den etablierten Parteien der Mitte ab und den Rändern des politischen Spektrums zu. Inhaltlich bewegen sich die Mitte-Parteien des zersplitterten Parteiensystems jedoch in einigen Politikfeldern, wie z.B. Integration oder Innere Sicherheit, auf die politischen Ränder zu und setzen auch Themen populistischer Parteien auf die reguläre Agenda. Gleichzeitig müssen die Parteien und Gruppierungen am politischen Rand einen Teil ihrer Radikalität aufgeben, um als Alternative wahrgenommen zu werden. Auf diese Weise gelingt es dem niederländischen Parteiensystem, populistische Bewegungen zu integrieren und zu disziplinieren. Darüber hinaus zeigt Nijhuis, dass christdemokratische Parteien weniger vom Wählerverlust an populistische Parteien betroffen sind als sozialdemokratische und dass die Strategie der SPD, sich inhaltlich wieder stärker links zu orientieren, ohne ausreichende gesellschaftliche Verankerung nicht aufgehen kann.

Einen Einblick in die französische Präsidentenpartei UMP gibt der Beitrag von *Daniel Eisermann*, der die Entstehung und Entwicklung der Partei nachzeichnet. Dabei wird deutlich, dass es sich bei dieser konservativ-liberalen Sammlungspartei um ein dauerhaft etabliertes Wahlbündnis handelt, das das Miteinander verschiedener Strömungen organisiert und das innerparteilich um direktdemokratische Angebote ergänzt wurde. Die UMP entspricht demnach nicht dem westeuropäischen Muster konservativer und christdemokratischer Volksparteien. Dem europäischen Trend abnehmender Wählerbindungen in der rechten Mitte kann die Partei bisher trotzen. Als Grund hierfür macht Eisermann die Wirkung des französischen Mehrheitswahlsystems, die Integration verschiedener Strömungen und die Ausrichtung der Partei auf den Präsidenten aus.

Ähnlich wie in Frankreich hat das Präsidialsystem in den USA zur Herausbildung von Sammlungsparteien geführt. Die großen Parteien vereinen dabei eine heterogene Wählerschaft unter einem großen „Zelt“. *Martin Thunert* zeigt in seinem Beitrag, dass die vormals als konturlose Allerparteien charakterisierten amerikanischen Volksparteien nicht nur deutliche Tendenzen einer Re-Ideologisierung aufweisen, sondern auch die Abstinenz- und Vertrauenskrise in die Parteien gestoppt zu sein scheint. Anders als die europäischen Parteien haben die US-Parteien ein großes Revitalisierungspotential. Dieses liegt wesentlich darin begründet, dass sich die Parteien aufgrund der nicht vorhandenen staatlichen Politikfinanzierung und der Notwendigkeit des Spendensammelns nicht von ihrer Anhängerschaft abschotten können. Zudem weisen sie eine programmatische Elastizität und große Integrationsfähigkeit auf. Insbesondere aber die Vorwahlen zur Auswahl der Präsidentschaftskandidaten erweisen sich als Revitalisierungsinstrumente, da sie reine „Hinterzimmerkarrieren“ verhindern und von der Allgemeinheit akzeptierbare Kandidaten begünstigen. Im letzten Abschnitt geht Thunert der Frage nach, ob sich das System der US-Vorwahlen zur Behebung der Parteienverdrossenheit auch auf die europäischen Parteien übertragen lässt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede der Parteiensysteme dies verhindern, jedoch Urwahlen für parteipolitische Spitzenämter durchaus sinnvoll sein können.

Der dritte Teil erörtert die Perspektiven des Parteiensystems. Schwerpunkte sind die Bedingungen für Koalitionsbildungen im fragmentierten Parteiensystem sowie die Frage, wie die Barriere zwischen Parteien und Wählern durchbrochen werden kann.

Ausgehend von einer Prognose der Eigenschaften zukünftiger Koalitionen im Mehrparteiensystem legt *Hans Jörg Hennecke* in seinem Beitrag über den Zielkonflikt zwischen Wählermarkt und Koalitionsmarkt den Parteien einen strategischen Umgang mit potentiellen Koalitionsoptionen nahe, um in Zukunft Mehrheiten für eigene Programmpunkte organisieren zu können. Bei der Nutzung verschiedener Koalitionsoptionen droht jedoch ein Verlust an Glaubwürdigkeit und Authentizität. Deshalb müssen die Parteien stärker ihren Markenkern herausarbeiten und ihre Programmatik auf die Bildung von Koalitionen, Koalitionsbrüche und -wechsel ausrichten. Hennecke macht deutlich, dass die Glaubwürdigkeit unterschiedlicher Koalitionsstrategien einer Partei auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen durch eine Regionalisierung der Profilbildung und die Verkörperung verschiedener Koalitionsoptionen in den regionalen Parteiverbänden auf Bundesebene erhalten werden kann. Um größere, durch die Erweiterung der Koalitionsoptionen hervorgerufene Einbußen auf dem Wählermarkt zu verhindern, schlägt er vor, eine indirekte bzw. positive Strategie zu verfolgen, bei der die Parteien eine stille Konsultationskultur untereinander pflegen, oder eine negative Strategie anzustreben, nach der die potentiellen Koalitionspartner durch die Definition von gemeinsamen Feindbildern von Koalitionswettbewerbern abgegrenzt werden.

Den Entwicklungsperspektiven kleinerer Parteien in Mehrheitskoalitionen widmet sich *Hans-Jörg Dietsche* in dem Beitrag „Ampel- und Jamaika-Bündnisse als Modell zukünftiger Mehrheitsbildung?“. Am Beispiel der „Ampel“-Bündnisse in Brandenburg und Bremen sowie der Koalition aus CDU, FDP und „Schill-Partei“ in Hamburg lotet er die strukturellen Probleme von Drei-Parteien-Koalitionen aus und deren Folgen. Dietsche kommt zu dem Ergebnis, dass die großen Parteien in der Regel gestärkt aus Drei-Parteien-Koalitionen hervorgehen werden. Da die kleineren Koalitionäre in solchen Konstellationen unterzugehen drohen und wenig attraktiv für Wähler wirken, stehen sie unter erheblichen Profilierungsdruck, weshalb sie versuchen, möglichst viel von ihrem Programm umzusetzen. Dies erhöht den Abstimmungsaufwand erheblich, führt zu politischen Blockaden und zum Dauerkonflikt zwischen den beiden kleineren Parteien, prägt aber auch ein für die Wähler abschreckendes Bild der Zerstrittenheit der Koalition. Erfolge werden demgegenüber eher dem großen Koalitionspartner zugerechnet.

Im Beitrag „Politische Führung durch Kommunikation“ legt *Ulrich Eith* dar, wie sich Parteien und Wähler durch unterschiedliche Erwartungshorizonte

und Sprachen zunehmend entfremden. Als Hauptproblem macht er die Neigung von Politikern aus, Aussagen auf makroökonomische Daten zu stützen, die an der individuellen Lebenswelt der Bürger vorbeigehen. Wenn dies bei der kommunikativen Vermittlung politischer Ziele nicht bedacht wird, haben die Volksparteien wenig Überzeugungskraft und können ihrer Doppelfunktion – Herstellung von Konsens und Strukturierung des politischen Wettbewerbs – nicht gerecht werden. Laut Eith erwächst politische Führungsstärke nur im Dialog, der organisiert werden muss und für den sich die Parteistrukturen öffnen sollten.

Der kommunikative Aspekt wird auch im vierten Teil des Bandes thematisiert, der sich den Umweltbedingungen der Volksparteien zuwendet. Untersucht werden hier der Einfluss verschiedener Medien sowie deren Nutzbarmachung für die Parteien.

Im ersten Beitrag fragt *Jörg-Uwe Nieland* nach dem Einfluss Politischer Talkshows auf das Kommunikationsmanagement der Volksparteien. Seine These vom Rückzug der Volksparteien aus der Öffentlichkeit untermauert er mit der Beobachtung, dass sich der Anteil politischer Themen und Gäste in den Talkshows in Zeiten der Großen Koalition deutlich reduziert hat. Der Beitrag gibt einen Einblick in die Eigenheiten der politischen Kommunikation in der Berliner Republik und den Nutzen von Talkshows für Politiker als Mittel zur Profilierung, Positionierung und der Politiksteuerung.

Den Printmedien wendet sich hingegen *Moritz Ballensiefen* zu, der in seiner Untersuchung über die visuelle Darstellung der Kandidaten im Bundestagswahlkampf 2005 zeigt, dass sich die politische Berichterstattung der Medien an die visuellen Darstellungslogiken angepasst hat. Die veränderte Mediennutzung erfordert nunmehr auch eine veränderte Politikdarstellung. Der Visualisierungsdruck verlangt von politischen Nachrichten auch Bildkriterien zu erfüllen und zugleich eine größere Sensibilität der Politiker für Bildmomente. Folglich muss mehr Wert auf die visuelle Vermittlung politischer Botschaften gelegt werden.

Angesichts der sinkenden Nachfrage nach Printmedien und der steigenden Nutzung des Internets geht *Daniel Dettling* der Frage nach, welche Chancen das Internet für die Politik bietet. Das Internet kann einen Dialog zwischen Bürgern und Politikern eröffnen, der langfristig zu einem Mehr an Partizipation führt und die politische Kultur verändern wird. Auf

diese Veränderungen müssen sich die Volksparteien zunehmend einstellen.

Der letzte Teil des Bandes „Zukunftsszenarien der Volkspartei“ sucht Antworten auf die Frage, wie sich die Volksparteien an die veränderten Bedingungen, denen sie sich ausgesetzt sehen, anpassen können.

Als Beispiel für die Anpassungsfähigkeit kann die Arbeit am Grundsatzprogramm der CDU gelten, das *Lutz Stroppe* in seinem Beitrag vorstellt. Das Programm versucht mit einer Synthese von bewährten Leitlinien und neuen Ansätzen Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen zu geben.

Nach Optimierungsmöglichkeiten der christlichen Demokratie sucht hingegen *Warnfried Dettling*. Die Reichweite und Ausstrahlung der CDU sieht er durch unzeitgemäße Parteistrukturen eingeschränkt. In Abkehr von der Politik des Wahlversprechens soll die Partei als Treuhänder von Werten und Zielen auftreten. Dabei muss die CDU klären, ob es ihr auf die Wirtschaft oder die Gesellschaft ankommt. Es wird im Beitrag deutlich, dass das Selbstverständnis der CDU als Volkspartei der Mitte mit einer zunehmend heterogenen Gesellschaft konfrontiert wird, dass die Partei zugleich Geschlossenheit herstellen und unterschiedliche Meinungen integrieren muss und dass das Konzept der Leitkultur als verbindendes Element in Partei und Gesellschaft dienen kann.

Alle Maßnahmen zur Anpassung der Parteistrukturen an die neue Wirklichkeit werden jedoch nicht erfolgreich sein, wenn es den Volksparteien nicht gelingt, auch für unpopuläre Entscheidungen Mehrheiten zu gewinnen. Die Fähigkeit, politische Entscheidungen gerade in umstrittenen Sozialbereichen herbeizuführen, sieht *Karl-Rudolf Korte* durch die Ausdifferenzierung der Handlungsebenen des Regierens in der repräsentativen Demokratie erschwert. In seinem Beitrag „Volksparteien in der Falle der Reformkommunikation“ zeigt er, welche Einflussfaktoren und Wirkungslogiken beachtet werden müssen, damit Reformkommunikation Erfolg haben kann.